

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich 2,50 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Postgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nummer 5382 des amtlichen Zeitungs-Verzeichnisses.
Für die Redaktion verantwortlich
S. S. Albert Herting in Halle.
[Gesprächsverbindung mit Berlin und Leipzig.]
Königs-Str. 17a.

Saale-Zeitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

Anzeigen
werden die Spalte ober dem Numm mit 20 Pfg. je Zeile und in der Expedition von unseren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Bekommen die Zeile 60 Pfg.
Erhöht täglich mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen.
[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 101. Halle a. d. Saale, Sonnabend den 2. Mai 1891.

Bestellungen

auf die Saale-Zeitung für die Monate Mai und Juni werden von allen Reichspostanstalten, für Halle von der unterzeichneten Expedition und den bekannten Ausgabestellen, mannsgelegt angenommen.

Die Expedition.

Die Reformgesetze im Herrenhause.

Es war Zeit, sich wieder einmal nach dem Herrenhause umzusehen, das jetzt drauf und dran ist, die preussischen Reformgesetze in seinem Sinne, im Sinne also der goldenen Mittelalterlichkeit zu „verbessern.“

Zuerst kam die Einkommensteuer an die Reihe und hier haben die Herren nur die eine Bestimmung geändert, nach welcher die Jahreserlöse von mehr als 100,000 M. mit 4 Proz. zur Abgabe herangezogen werden sollten. Das erschien dem Herrenhause zu hart, es hat beschlossen, auch die armen Millionäre dürfen nicht mehr als 3 vom Hundert abgeben. Ganz wunderbar waren für einen Kritiker die von den verschiedenen Rednern vorgetragenen Begründungen. Da hieß es, eine bis zu 4 Proz. fortschreitende Einkommensteuer führe direkt in den kommunistischen Staat, denn von 4 zu 100 Proz. das heißt zur Vermögenskonfiskation, sei nur ein Schritt. Der Herr Finanzminister Wagnel, dem die Aenderung merkwürdigerweise zuzugibt, war höchst genug, hierzu nur zu lächeln; als aber gar von 1789 gesprochen und die Regierung des Spielens mit revolutionären Ideen beschuldigt wurde, da meinte der Minister, solche Gründe hätten sich zwar sehr schön an, man müsse sich nur hüten, daran zu glauben. Ein anderer Herr wieder, der wegen seiner umfassenden Wohlthätigkeit rühmlich von vielen Standesgenossen unterzeichnete Fürst Hagefeldt sah eine schreiende Ungerechtigkeit darin, daß ein Landbesitzer höhere Steuerprocente als ein anderer zahlen solle.

Im Wollen, das zu vertreten das Herrenhaus freilich nicht berufen ist, sieht man diesen Dingen wesentlich anders gegenüber. Durch die Einführung der Deklarationspflicht werden namentlich die mittleren Einkommen in Zukunft sehr viel schwerer als bisher belastet sein und es wäre daher eine unerbittliche Ungerechtigkeit, den Steuerfuß, der schon bei einem Jahreserlös von 500 M. die Höhe von 3 Proz. erreicht, hier fest zu erhalten und einen Mann, der im Jahre 100,000 M. und mehr verdient, nicht ferner heranzuziehen, als den Bauern oder Kaufmann, der sich seine 500 M. schwerer erarbeitet, ohne ein fünftes Einkommen zu besitzen. Von der Durchbrechung eines Prinzips kann hier erst recht nicht die Rede sein, denn da die Steuer bis zu 3 v. H. steigt, gibt es keinen sich haltenden Grund, sie hier festzuhalten. Der große Rest macht an den Reichthümern des Staates die größten Ansprüche, und schon deshalb ist es nur billig, daß er am stärksten zu den allgemeinen Lasten herangezogen wird.

Das Abgeordnetenhaus wird sich, wenn das Gesetz jetzt zurickkommt, der Verpflichtung nicht entziehen dürfen, den betr. Paragraphen in seiner früheren Fassung wieder herzustellen, wonach sich der Steuerfuß von einem Einkommen von 30,500 M. zu erhöht, daß er bei den Einkommen von 100,000 M. 4 Proz. beträgt, oder es wird den Steuerfuß der mittleren Einkommen, wie es der Abg. Richter beantragt, wesentlich ermäßigen müssen. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung würde es nicht verzeihen und nicht billigen können, wenn in einer von sozialen Kämpfen erfüllten Zeit die Wohlthätigen von jählicher Sorge verschont würden, während die mittleren Einkommen mit ihrem vollen Betrage herangezogen werden. Wer 100,000 M. und mehr im Jahre einnimmt, dem macht es doch wahrlich keinen Unterschied, ob er 3 oder 4 v. H. Einkommensteuer bezahlt, es bleibt ihm immer noch genug, um „ausständig“ leben und seine Kinder vor dem wüthenden Hunger schützen zu können.

Nach den Steuererträgen machte das Herrenhaus sich an die Landgemeindevorordnung. Die preussischen Vorzüge vereinigen sich in der Ueberzeugung, daß der ursprüngliche Entwurf des Ministers Herrfurth, für dessen politische Erziehung sich früherer Ges. Herr v. Büttner nicht „verantwortlich“ sei, einen demokratisch-unmündigeren Charakter getragen habe. Jetzt war an dem gut konservativen Herrn Herrfurth die Reihe des Lächelns. Und er konnte auch weiter lächeln, denn die Herren erklärten, das konstitutional-liberale Kompromiß habe im Abgeordnetenhause schon so viel für sie getan, daß ihnen zu thun fast nichts mehr übrig blieb. Am widrigen geberdete sich Graf Hohenhausen, der auch durch die „verbesserte“ Vorlage das politische Ansehen des Ministeriums Caprivi schwer geschädigt findet. Ihm entgingen in vortrefflicher Rede der modern empfindende Prinz Carolath mit dem Hinweis darauf, daß alle großen preussischen Reformen, von Stein und Hardenberg bis zum Grafen Eulenburg, der die Kreisordnung einführt, von den Vertretern abgelehrt Anschauungen angefeindet worden sind. Er erklärte die Vorlage mit Recht für eine gut konservative, die das Uebermaß des Grundbesitzes sichere und endlich eine würdige Gemeindevorordnung schaffe. Der Minister des Innern hat sehr gelassen, sich doch gefügt nur an die fast einstimmig gefaßten Beschlüsse des Abgeordnetenhauses zu halten, deren Vertheidigung er übernommen habe. Dem Grafen Hohenhausen, der ihn ersucht hatte, sich nicht an den Debatten über das Gesetz zu betheiligen, ver sprach er ironisch, seinen Einwendungen solle ein Regierungskommissar, nicht der Minister selbst entgegen treten.

Soweit diese nicht übermäßig ausgeführte Generalabkürzung

einen Ausblick gestattet, darf man vermuten, daß sich das Herrenhaus für Annahme der Landgemeindevorordnung bequemen wird. In der Zwangscommission, deren Vorsitzender der frühere Polizeiminister v. Büttner ist, wird der Versuch gemacht werden, die Öffentlichkeit der Gemeindeverhandlungen einzuschränken und außerdem zu bestimmen, daß erst beim Vorhandensein von 30 stimmberechtigten Gemeindegliedern die Einführung einer Gemeindeverordnung erfolgen muß. Die Vorlage hatte ursprünglich nur 30 stimmberechtigte Mitglieder dazu nötig gehalten, das Abgeordnetenhaus erhöhte die Zahl auf 40 und die Herren fordern 50. Bleibt das Abgeordnetenhaus hierin und in der Einkommensteuerfrage, so ist an einen erfülllichen Widerstand der Vorleser nicht zu denken und die Naturgeschichte des Herrenhauses wird nur ein charakteristisches Kapitel mehr aufzuweisen haben!

Deutsches Reich.

* Berlin, 30. April. Nach einer Meldung aus London hielt der von der Korporation von London ernannte Coudersaß für den Empfang des Kaisers in der Guldhall gelten seine erste Sitzung, wählte den Prinz William zu seinem Vorsitzenden und hat die ersten Schritte für die Wählung des goldenen Krönens für die dem Kaiser zu überreichende Willkommen-Adresse. — Die Kaiserin Friedrich nebst der Prinzessin Margarethe trafen heute früh aus Rombrugg hier ein. Mittags begab sich die Kaiserin Friedrich mit der Prinzessin in die Familienausstellung. Mit ihr kamen der Großprinz von Mecklenburg und seine Gemahlin, wurde an der Schwelle des Ausstellungspalastes von dem gelammten Vorstand des „Vereins Berliner Künstler“, an der Spitze Anton v. Werner und Karl Doffner, empfangen. Die Kaiserin durchschritt sämtliche Säle der Ausstellung, gab wiederholt ihren Einzigen in wärmster Weise Ausdruck und ließ sich die schönsten fremdsprachigen und deutschen Telegramme vorlesen. Für jeden der Herren hatte sie ein lebenswichtiges Wort, eine feine zutreffende Bemerkung. Morgen abend gedankt die Kaiserin Friedrich mit ihrer Tochter wieder nach Rombrugg zurückkehren. — Der Großherzog von Baden hat sich heute nach Karlsruhe zurückgegeben. Prinz Albrecht hat sich gestern von hier nach Solothurn nach Baden bei Wehr im Rheingau begeben, von wo er nach wenigen Tagen nach Braunschweig zurückkehrt. Dort trifft er mit seiner Gemahlin wieder zusammen, welche in der letzten Zeit zum Besuch in Altona weilte.

* Berlin, 30. April. Seit dem plebiscitaren Hinsang Wolke's befindet sich Kaiser Wilhelm in ungenauer erweiterter Stimmung. Von allen Seiten wird bestätigt, daß dieser Wolkefall, verbunden mit anderen Einbrüchen rein politischer Natur, in dem sonst so heiteren Naturreich des Monarchen einen großen Umwälzung bewirkt hat. Dadurch erklärt sich wohl auch das durchaus unzutreffende Gerücht, der Kaiser sei lebend, das übrigens durch seine Wartburgreise genügend widerlegt wird.

* Berlin, 30. April. Wie von wohlunterrichteter Seite berichtet wird, ist Fürst Bismarck darum nicht zur Festschicklichkeit des Feldmarschall Wolke gekommen, weil ihm vom Kapitel des Schwarzen Adler-Ordens eine besondere Einladung nicht zugegangen war. Da bei den übrigen Inhabern dieses Ordens abweichend verfahren worden war, hat er in seiner Ueberzeugung eine Zurückweisung erklärt und darum auf die anfangs beschlossene Betheiligung verzichtet. Unpersönlichkeit wurde von möglicher Seite nicht abgelehnt, um ihn von dieser Absicht abzubringen und ihn andern Sinnes zu machen. Selbst die Hofleute, daß die Familie v. Wolke ihn eigens eingeladen hatte, vermochte ihn nicht umzustimmen. Einen Augenblick hat er übrigens, wie jetzt erst bekannt wird, geschwankt, ob es nicht rathsam wäre, am Abend vor der Festschicklichkeit sich mannsfältig nach Berlin zu begeben, um dem großen Todten ganz allein den letzten Tribut zu zahlen. Da man dem Fürsten aus dieser Ueberlegung übrigens vielfach einen Vorwurf macht, so dürfen authentische Aufklärungen im oben angedeuteten Sinne schwerlich ausbleiben, zumal es feststeht, daß der Fürst auch jetzt noch eine Reise nach Kreuztal zu unternehmen beabsichtigt, um dort im Mansfeld sich von den irdischen Knechten des Verbleibenden zu verabschieden. Dieser Besuch dürfte bereits in kürzester Frist erfolgen.

* Berlin, 30. April. Aus absolut zuverlässiger Quelle erfährt man, daß die Ausstellungen von einem politischen „Feldzug“ des Feldmarschalls Grafen Wolke auf Grund der letzten Ereignisse. Weder dabei, noch sonst welche politische Willensäußerung hat er hinterlassen. Dem gegenüber verhalten jedoch, daß er auf dem Gebiet der Strategie gerade in letzter Zeit noch ganz bestimmte Wünsche und Gutachten formuliert haben soll, über deren wahre Tendenz selbstverständlich nur unverbürgte Vermutungen unlaufen. Tatsächlich hat er die Arbeiten des Generalstabs bis zu seinem Tode mit unangesehener Aufmerksamkeit verfolgt und für alle Fragen militärischer Sicherheit überhaupt das lebhafteste Interesse bezeugt.

* Berlin, 30. April. Ein Familienfest im größeren Maße, zu welchem außer den Mitgliedern des sozial. Bundes nur wenige hochgeachtete Würdenträger geladen wurden, wird am Mittwoch den 3. Mai beim Prinzen Albrecht hier selbst stattfinden. Es handelt sich um die Einsegnung der prinzipalen Kinder, welche im nächsten Familienfeste vollzogen werden wird.

* Berlin, 1. Mai. (Gg. Telegr. der Saale-Ztg.) Graf Waldersee ist gestern abend nach Altona zurückgekehrt.

* Gersmünde, 1. Mai. (Gg. Telegr. der Saale-Ztg.) Dieser ist das Resultat der Stichwahl aus 67 Bezirken

bekannt. Es wurden daselbst abgegeben für Fürst Bismarck 8882, für Schmalzleb 4876 Stimmen. Voraussichtlich steigt Fürst Bismarck mit 4000 Stimmen Majorität. Die Wahlbetheiligung war schwächer, als man erwartet hatte.

Die neuliche Meldung, der Kaiser habe wegen Annahme der Landgemeindevorordnung für die ästlichen Provinzen und im Hinblick auf die große Mehrheit, mit welcher die Annahme erfolgte, ein Glückwunschschreiben an den Minister des Innern gerichtet, ist nach der Münchener Allg. Ztg. dahin zu ergänzen, daß der Kaiser dem Minister seine Anerkennung für die erfolgreiche Vertretung der Vorlage im Abgeordnetenhaus auf dem Drahtwege kundgab. Das Haus habe in der Schlußabstimmung am Freitag den 24. April das Gesetz mit 327 gegen 23 Stimmen angenommen. Der Kaiser besah sich um diese Zeit in und bei Eisenach. Die Ablehnung der Drahtmeldung erfolgte, nachdem er von dem Ergebnis der Abstimmung Kenntnis erhalten hatte.

Die deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen sind, wie auch die öst. Ztg. bestätigt, abgeschlossen. Sie betreffen nur noch der ästlichen Vertragsprüfung. Fast alle von Wien abgereichten deutschen Bevollmächtigten sind bereits in Berlin eingetroffen. Heute beginnen in Berlin unter Vorsitz des Staatssekretärs v. Boetticher die Beratungen der Vertreter der Reichsbehörden und der preussischen Behörden bezugs Befestigung der Grundlagen, welche dem mit der Schweiz abzuschließenden Handelsvertrage deutschseits zu Grunde gelegt werden sollen. Die eigentlichen Verhandlungen mit der Schweiz werden, gemeinschaftlich mit den österreichischen Bevollmächtigten, am 15. Mai in Wien beginnen.

* Der Bundesrath beschloß gestern, Helgoland dem 5. Schlesischen Wahlkreise Dithmarschen-Städten zugeweiht, den zur Zeit der Abg. Thomlen vertritt.

* Der Bundesrath hat am Donnerstag der General-Akte der Prüssler Antikuberektionen nebst Deklaration zugestimmt, und ist den Vorschriften des Reichs-funkens betr. die Beschreibungen ausländischer Grenzgebiete, für welche das Aushen einer „Anmeldung“ besvo. Alterskreis ausgeschlossen werden soll, beigetreten.

* Von Mitgliedern aller Parteien ist im Reichstag der Antrag eingebracht worden, den § 157 des Gesetzes, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung, in folgende Fassung zu bringen:

„Für Versicherte, welche zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes das 40. Lebensjahr vollendet haben und den Nachweis liefern, daß sie während der dem Inkrafttreten dieses Gesetzes unmittelbar vorausgehenden drei Lebensjahre ungenügend mündelnd 14 Wochen hindurch thätig in einem nach diesem Gesetze die Versicherungspflicht begründenden Arbeits- oder Dienstverhältnisse gehalten haben, vermindert sich die Wartzeit für die Altersrente (§ 16, Ziffer 2), umbeachtet der Vorschriften des § 32, um so viele Beitragsjahre und Beitragsmonaten, als ihr Lebensalter am 1. Januar 1891 das vierzigste Lebensjahr übersteigt. Ist die Zahl der überschreitenden Wochen höher als siebenundvierzig, so sind neben der Vollzahl der Jahre nur siebenundvierzig Wochen in Anrechnung zu bringen.“

* Nach Mittheilungen sozialdemokratischer Blätter beabsichtigt die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion eine Interpellation an die Regierung zu richten, des Inhalts: was die Regierung in Anbetracht der in beunruhigender Weise steigenden Getreide- und Brotpreise zu thun gedenke.

Die Reichstagskommission für das Telegraphen-Gesetz begann gestern die zweite Sitzung. Im § 1 wurde die Wirkungskreis des Gesetzes „auf die für den allgemeinen Mittheilungsverkehr bestimmten Telegraphenanlagen“ beschränkt. Die in der Diskussion angeregte Frage, ob das Reichsanopol nur zur Zeit vorläufigen Mittel für den allgemeinen Mittheilungsverkehr eröffne oder auch die etwa noch in Zukunft zu erfindenden neuen von den meisten Mitgliedern der Kommission verneint, von dem Staatssekretär v. Stephan aber bejaht. Den Gedanken der Wiederherstellung eines gesetzgeberischen Ausdruck zu geben, ist bisher nicht gelungen. Im § 2 wurde die Bestimmungen getroffen, wonach das Reich die von den Gemeinden errichteten Anlagen jederzeit übernehmen kann. Der Beschluß ist aber praktisch bedeutungslos, da die Reichsverwaltung Sorge dafür tragen wird, eine bezügliche Bestimmung in die Verordnungsform anzunehmen. Der wichtige § 3 wurde unverändert angenommen. Ebenso § 4. Im § 4: Jedermann hat gegen Zahlung der Gebühren das Recht auf Beförderung von ordnungsmäßigen Telegrammen usw. wurde das Wort „ordnungsmäßig“ gestrichen. Bestätigung morgen.

* Die preussische Finanzverwaltung beabsichtigt, beim Bundesrath den Erlaß allgemein gültiger und gleichmäßiger Bestimmungen in Ansehung zu bringen, durch welche den Vermerken, die im Gegensatz nach der amtlichen Feststellung ihrer Altschuldeneiner noch einmaligen Deklaration in der Gegenwart unterliegen, für diese zweite Deklaration die Schuldung eines angemessenen Schen und das Behalten und allgemein gefordert wird. Schon seit längerer Zeit waren in dieser Frage Entscheidungen seitens der preussischen Finanzverwaltung angefertigt worden. Auch mit den namhaftesten Vertretern des Braunkohlenreinigungsgewerbes haben neuerdings Verhandlungen stattgefunden, welche zu einer Einigung in den wesentlichen Punkten über die Aenderung des für die Braunkohlenreinigungsgewerbes geltenden Regulativs geführt haben. Die preussische Finanzverwaltung glaubt durch die im Bundesrath in Ansehung zu bringende Neuregelung nicht nur die Interessen der größeren Reinigungsanstalten ausreichend wahrzunehmen, sondern auch die Lebensfähigkeit der kleineren darunter Betriebe fördern zu können, insbesondere durch Aenderung einzelner für die letzteren vornehmlich hinderlichen Kontrollvorschriften.

Der Kaiser hat dem Infanterie-Regiment Nr. 38 den Namen des verworbenen Feldmarschalls Grafen Wallke beilegt. Da das 11. (Kortzer) Regiment, dessen Chef der Feldmarschall war, schon den Namen Grafen Wallke trägt, so konnte ihm nicht ein zweites beilegt werden. Daher wird, schreibt man der „Post“, dasjenige Regiment hin, welches in der Nähe von Kreußen, in Schwednitz, in Garnison steht und mit dem der General v. Feldmarschall persönliche Beziehungen unterliegt.

Das „Deutsche Wochenblatt“ des freisinnigsten Abgeordneten Dr. Krenzl gelangt in einem warm empfundenen Nachsatz auf den Grafen Wallke zu folgenden beachtenswerten Schlußsätzen, welche inhaltlich viele bejaugliche Beiträge der Saale-Ztg. beinhalten:

Wenn es neben all den großen Momenten dieses unvergleichlichen Menschentums ein leises Bedauern bleibt, so ist es darüber, daß der große deutsche Genialitätsabkömmling nicht die Freude erleben sollte, den von ihm aus Hunderten auszuwählen, von seiner Hand eingetragenen Mitarbeiter und Nachfolger im Sinne benennend in seiner erprießlichen und anerkannt hervorragenden Tätigkeit wirken zu sehen. Es ist schmerzlich, daß einem Manne zwei Monate vor seinem Tode die bittere Empfindung nicht erpart blieb, daß durch die plötzliche Verletzung seines Nachfolgers, des Grafen v. Wallke, der Mann der Stellung des Generalitätsabkömmlings, die der Verwirklichung derselben verliert hatte, abgehandelt wird.

Dem Direktor des kaiserlichen Statistischen Amtes, Geheimen Ober-Reg.-Rath Dr. Becker, ist bei seinem Auscheiden aus dem Dienst der Charakter als Wittl. Geheimer Ober-Reg.-Rath mit dem Range eines Rathe erster Klasse verliehen worden, und der Geh. Regierungsrath Dr. v. Schell, Wittl. Mitglied des kaiserlichen Statistischen Amtes, ist, unter Verlegung des Ranges als Rath 3. Klasse, zum Direktor des kaiserlichen Statistischen Amtes ernannt worden.

Der Bundesrat hat dem v. Schell-Vorbringen sich nach der „Staatskorrespondenz“ in seiner vorwiegenden Tagesabgeschlossenheit 18. Session außer dem Bundesratssitzungstag für 1891/92 das Grundbuch-Gesetz, das Gesetz betr. Wasserleitung und Wasserfuß, das Fischereigesetz sowie die Gesetze betr. die Uebertragungsgabe von vier, die Aushebung der Weimaranertheile am Westufer, die kaiserlichen Hausposten, die Aushebung der Stempelpflicht für Briefschiffungen, und die Aushebung der Postpflicht für den Strohhalm genehmigt. Von denselben ist das am 1. April d. S. bereits in Kraft getretene Gesetz betr. die Uebertragungsgabe von vier für das Reich von Wichtigkeit. Durch dasselbe ist die Abgabe von dem aus anderen Staaten des Zollgebietes eingeführten starken Bier auf den Betrag von 3 M. für das hl, mit hin um 70 Pf. erhöht und die bisherige Ungleichheit in der Besteuerung zwischen dem elafst-fortgeführten Biergewerbe und dem anderer deutscher Länder ausgeglichen.

Wie man der „Korrespondenz“ mitteilt, wird dem nächsten albenbürgischen Landtag eine Regierungsvorlage wegen Abtretung albenbürgischen Gebietes an Rußland zugehen. Es handelt sich um eine Vergrößerung von Wilhelmshaven.

Ueber eine angebliche Verletzung der französischen Grenze seitens deutscher Offiziere wird der Voss. Ztg. berichtet:

Einige deutsche Offiziere sollen am Dienstag bei einem Wette die Grenze entlang der Vittoriana übersehen auf französische Gebiet gelangt, jedoch abhand wieder über die Grenze zurückgegangen sein. Die pariser und neueren Genesinnsblätter bringen hierüber augerechte Artikel mit Ueberschriften, wie „eine Grenzverletzung“, „ein deutsch-französischer Zwischenfall“ u. dgl.

Während die Ergebnisse einer von der Session für Afrika- und Ozeanienreise im Herbst 1889 veranfaßten Untersuchungsreise, also in der Hoffnung bereiteten, daß in der südlichen Nordsee, also in der eigentlichen deutschen Nordsee, im Herbie große laichweise Seefische in größerer Zahl anzufragen sein würden, haben die daraufhin im Vor. Herbie angelegten neuen genannten Untersuchungen, wie jetzt die Session bekannt macht, zum Schluß geführt, daß in der gegenwärtigen Zeitperiode in der ganzen deutschen Nordsee wahrscheinlich nirgends größere wichtige Scharen von herbstlaichenden Seefischen vorkommen, daß dieselben vielmehr nur spärlich in kleineren Schwärmen und da sich finden. Eine extragewöhnliche Herdenschafte in der gedachten Gebiete erscheint daher einfallen unmöglich.

Gelegenlich der Ernennung des Herrn v. Meyrauch zum Unterstaatssekretär im Kultusministerium erinnern die „Korrespondenz“, daran, daß derselbe vor etwa 6 bis 8 Jahren in seiner Eigenschaft als Vorstand bei einem Brande in Weidhausen Veranlassung nahm, dem dortigen fortgeschrittenen geistlichen Ober-Brandmeister Schab an der Brandstätte, an welcher derselbe wohl und ganz keine Schuldigkeit gehabt hätte, zu eröffnen, daß es für ihn als Fortschrittmann unmöglich ist, dieses Ehrenamt weiter zu betreiben. Als dankte öffentlich in förmlicher Weise für diese ihm gewundene Mitteilung und legte sein Amt nieder.

Herrn v. Soden, der Gouverneur von Ostpreußen, hat die Absicht, wie in Kamerun, auch dort eine Konzeptionshote zu bauen. Die Ostpreußen haben sich auch schon bereit erklärt, die dafür nötigen Baugeldmittel herzustellen, jedoch Herr v. Soden gleich nach seiner Ankunft die einleitenden Schritte zur Durchführung seiner Idee thun konnte.

Bergarbeiterstreik.

Nach Meldungen aus Eisen hat sich die Zahl der Streikenden gestern morgen auf etwa 3000 Mann vermindert. Auf der Besatzung „Eintracht Tiefbau“ bei Stele, wo der Streik seinen Ausgang nahm, meldete sich fast die gesamte Belegschaft zur Wiederarbeit. Auf den „Mittelnischen Stahlwerken“ bei Weidrich, wie auf den Werken der Gesellschaft „Phönix“ ist der gesamte Betrieb wieder in voller Tätigkeit.

Auch aus Wschum bestätigt man, daß der Zustand im Eisen ist. Es herrscht eine starke Erregung gegen die Führer. Einige derselben wurden von den Frauen der Bergarbeiter mit Mißhandlungen bedroht. Der Vorstand des böhmischen Knappheitsvereins befindet an die Setzungen eine Note, laut welcher die im Vorhande des Bereichs vertretenden Bergarbeiter ihre Zustimmung dazu geben haben, daß die Bergarbeiter des Vereinsstatus, welche die wirtschaftlich freiziehenden mit Verlust der Mitgliedschaft bedrohen, gegen die jetzt Streikenden zur Anwendung kommen.

In Gelsenkirchen findet bei den von den Arbeitern gefassten Maßregeln nicht statt, da man das Geld, welches für dieselbe verwendet werden sollte, für die Streikenden verwenden will. Zahlreiche Ausführende, die zur Arbeit zurückkehren wollten, wurden dort gestern zurückgewiesen. Wie es scheint, werden diese Maßregeln definitiv entlassen. Im ganzen Bezirk herrscht die größte Ruhe. Die streikenden Arbeiter der Kolonie Krupp

„Hannover“ müssen dieselbe binnen 48 Stunden verlassen, Familienmitglieder am 1. November.

In Battenfeld beschloffen die Belegschaften, Besatzungsbloß wieder anzuführen. Die Unruhe der im dortigen Bezirk strafweise entlassenen Bergarbeiter dürfte etwa 200 betragen.

Das gestern erwähnte böhmische Extrablatt der Bergarbeiterzeitung mit Sentationsnachrichten über den angeblichen Ausbruch eines Ausstandes in Frankreich, Belgien und dem Saarrevier wurde vollständig beschlagnahmt, die Verbreiter wurden verhaftet.

Nach der Köln. Volksztg. wurde auf einer Waldburg in Sollenbach (Kreis Sauerbrunn) der Vertrauensmann des Reichshandwerksvereins vorgestern Verhaftung sofort entlassen. — Im ganzen Saarrevier ist alles ruhig.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)
111. Sitzung vom 30. April, 1 Uhr.

In der ersten Lesung der Handelskonvention mit Marokko.

Abg. Dr. Winterberg (Chr.) diesen Handelsvertrag als einen großen Erfolg, nachdem die Verhandlungen lange Jahre zu einem Resultat geführt hätten.

Abg. Dr. v. Römmler (Chr.) schließt sich dem Lob des Vordrucks durchaus an. Wenn der Handelsvertrag mit Marokko auch bis jetzt nicht von großer Bedeutung sei, so sei doch durch den Vertrag ein großes Geschäft zu erwarten. Vordruck befragt die Mitglieder der Kommission, welche 10 Proz. des Wertes der Waaren nicht übersteigen, und empfiehlt dieses Beispiel auch für den Abschluß der europäischen Handelsverträge zur Nachahmung.

Abg. Schell (Chr.) schließt sich dem Vordruck an, indem er durch die Aushebung der Zolltarife auf Import und Export. Auf die allgemeine handelspolitische Lage eingehend, weist Vordruck auf den im Juni d. S. abzulaufenden Handelsvertrag mit Rumänien hin, welcher weit wichtiger sei als der mit Marokko, da der deutsche Export nach Rumänien einen um 100 Proz. größeren Betrag habe als der nach Marokko. Es sei sehr möglich, zu wissen, ob der Vertrag mit Rumänien verlängert werde, oder ob durch Erhöhung der Zölle der Export eine Schädigung erleiden werde.

Staatssekretär des Reiches Hr. v. Marschall erwidert, daß bei der handelspolitischen Richtung, die gegenwärtig in Rumänien vorherrsche, wenig Aussicht auf Fortdauer des alten Tarifvertrages sei. Sollte der Vertrag mit Rumänien nicht verlängert werden, so werde der Bundesrat das Recht vorbehalten, sich mit Rumänien zu verhandeln. Verhandlungen könnten in der rumänischen Kammer durchzuführen sein.

Der Vertrag wird hierauf in erster und zweiter Debatte genehmigt.

Die Debatte gelangt zur Annahme in zweiter Lesung das internationale Uebereinkommen über den Eisenbahnverkehr, ferner in dritter Lesung die Vorlage betr. die Münze und Verschmelzung der Handwerksmaschinen und ein Woch die Vorlage betr. den Schutz von Gebrauchsmustern.

Es folgen die Diskussionen.

Dem Reichstagspräsidenten wird zur Berücksichtigung überweisen eine Petition aus Altitt, betr. den Zoll auf Goldminen, zur Erwägung eine Petition, betr. Gewährung von Entschädigungen für alle infolge von Mißbrand verurtheilten oder gebliebenen Hündern, und eine Petition, betr. den Handel der Willkürschmiedemacher mit Waffen und Munition, als Material, Petitionen, betr. Abänderung des Militärstrafgesetzes und der den kaiserlichen Schutz der mit kaiserlicher Kraft betriebenen Strohhalmwaren.

Ueber Petitionen betr. Tabaksteuer und Tabakzoll, die zollfreie Einfuhr von deutschen, jedoch in Oesterreich ausgeübtem Gewerbe und auf mit Salz betretene arische Heringe geht das Haus den Anträge der Kommission gemäß zur Tagesordnung über, jedoch über eine Petition aus Schweden des Schulbesitzers aus Hant und Gledorin, nachdem Abg. Dr. Meyer (Chr.) auf die Gausaltheit des Gledorin, als eines Bollens auf ein Surrogat eines notwendigen Nahrungsmittels hingewiesen hatte.

Die Petition betr. Rebellion des Buchergewerbes beantragt die Kommission, dem Reichstagspräsidenten als Material zu überweisen: ein Antrag der Kommission, die Kommission zur Berücksichtigung über, zur Erwägung eine Petition aus Altitt, betr. den Zoll auf Goldminen, zur Erwägung eine Petition, betr. Gewährung von Entschädigungen für alle infolge von Mißbrand verurtheilten oder gebliebenen Hündern, und eine Petition, betr. den Handel der Willkürschmiedemacher mit Waffen und Munition, als Material, Petitionen, betr. Abänderung des Militärstrafgesetzes und der den kaiserlichen Schutz der mit kaiserlicher Kraft betriebenen Strohhalmwaren.

Ueber Petitionen betr. Tabaksteuer und Tabakzoll, die zollfreie Einfuhr von deutschen, jedoch in Oesterreich ausgeübtem Gewerbe und auf mit Salz betretene arische Heringe geht das Haus den Anträge der Kommission gemäß zur Tagesordnung über, jedoch über eine Petition aus Schweden des Schulbesitzers aus Hant und Gledorin, nachdem Abg. Dr. Meyer (Chr.) auf die Gausaltheit des Gledorin, als eines Bollens auf ein Surrogat eines notwendigen Nahrungsmittels hingewiesen hatte.

Die Petition betr. Rebellion des Buchergewerbes beantragt die Kommission, dem Reichstagspräsidenten als Material zu überweisen: ein Antrag der Kommission, die Kommission zur Berücksichtigung über, zur Erwägung eine Petition aus Altitt, betr. den Zoll auf Goldminen, zur Erwägung eine Petition, betr. Gewährung von Entschädigungen für alle infolge von Mißbrand verurtheilten oder gebliebenen Hündern, und eine Petition, betr. den Handel der Willkürschmiedemacher mit Waffen und Munition, als Material, Petitionen, betr. Abänderung des Militärstrafgesetzes und der den kaiserlichen Schutz der mit kaiserlicher Kraft betriebenen Strohhalmwaren.

Ueber Petitionen betr. Tabaksteuer und Tabakzoll, die zollfreie Einfuhr von deutschen, jedoch in Oesterreich ausgeübtem Gewerbe und auf mit Salz betretene arische Heringe geht das Haus den Anträge der Kommission gemäß zur Tagesordnung über, jedoch über eine Petition aus Schweden des Schulbesitzers aus Hant und Gledorin, nachdem Abg. Dr. Meyer (Chr.) auf die Gausaltheit des Gledorin, als eines Bollens auf ein Surrogat eines notwendigen Nahrungsmittels hingewiesen hatte.

Abg. v. Ströbel (Chr.) beantragt, die Petitionen dem Reichstagspräsidenten zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Dr. Winterberg (Chr.) schließt sich diesem Antrag an; es sei sehr möglich, daß der Reichstag, der Reichstag müsse beschluß fassen, gleichwohl von ihm er betrieuen werde.

Abg. v. Stabthagen (Chr.) erklärt sich gleichfalls für die Berücksichtigung des Buchers, glaubt aber, daß eine entgeltliche Verknüpfung des Buchers erst möglich sein werde, wenn die jetzige Gesellschaftsordnung geändert werde.

Ein Antrag von Winterberg (Chr.) beantragt, die Petitionen dem Reichstagspräsidenten zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Winterberg (Chr.) schließt sich diesem Antrag an; es sei sehr möglich, daß der Reichstag, der Reichstag müsse beschluß fassen, gleichwohl von ihm er betrieuen werde.

Abg. v. Stabthagen (Chr.) erklärt sich gleichfalls für die Berücksichtigung des Buchers, glaubt aber, daß eine entgeltliche Verknüpfung des Buchers erst möglich sein werde, wenn die jetzige Gesellschaftsordnung geändert werde.

Abg. Winterberg (Chr.) beantragt, die Petitionen dem Reichstagspräsidenten zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Winterberg (Chr.) schließt sich diesem Antrag an; es sei sehr möglich, daß der Reichstag, der Reichstag müsse beschluß fassen, gleichwohl von ihm er betrieuen werde.

Abg. v. Stabthagen (Chr.) erklärt sich gleichfalls für die Berücksichtigung des Buchers, glaubt aber, daß eine entgeltliche Verknüpfung des Buchers erst möglich sein werde, wenn die jetzige Gesellschaftsordnung geändert werde.

Beräumt die nächste Sitzung an auf Freitag 2 Uhr. (Vormittags 11 Uhr.)
Schluß 5 Uhr.

Preussischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)
Abgeordnetenshaus.
78. Sitzung vom 30. April, 11 Uhr.

Die gestern bei Titel I der Einnahmen abgebrochene Verhandlung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung wird fortgesetzt.

Abg. Schulz-Lewis (Chr.) stellt die Ursachen der sozialen Nothlage allein in dem Mangel der Arbeiterbevölkerung in den Bergrevieren dar. Der Arbeitermangel auf dem Lande sei durch den hohen Getreidepreis hervorgerufen. Wenn die Noth unter den hüttenartigen Arbeitern den Gipfel erreicht werde, dann solle die Regierung nicht diesen natürlichen Verbindungspunkt aufhalten und sie nicht unterstützen. Die Arbeiter würden dann schon von selbst aus dem Land gehen.

Titel 12 werden darauf angenommen.

Bei Titel 13 (Bergwerksabgaben) weist

Abg. Dr. Ritter auf die Ungerechtigkeit der Bergwerkssteuer hin, welche eine Doppelbesteuerung darstelle, und bittet um deren endgiltige Beseitigung.

Minister Hr. v. Verkehl erklärt, daß zur Zeit noch eine offene Frage sei, ob die Bergwerkssteuer ganz beseitigt oder reformirt werde. Nach Entscheidung der großen Deputatsreformkommission werde die Frage in ernster Erwägung gezogen werden.

Abg. Schmiebing (Chr.) wünscht ein schnelleres Tempo, da Minister v. Knobloch schon vor Jahren eine Beseitigung der Bergwerkssteuer versprochen habe und die neue sozialpolitische Gesetzgebung eine große Lasten auf den Bergbau verlegt habe.

Titel 13 wird bewilligt, ebenso das betrieuliche Rest des Etats.

Es folgt die zweite Verhandlung des Justiz-Etats. Die Einnahmen werden ebenfalls genehmigt.

Bei Kap. 71 (Wahlrecht) verweist

Abg. v. Schell auf die erdrückend große Zahl von unbesoldeten Assessoren, die sich mit dem Vorjahr nicht vermindert habe. Man dürfe für die Zulassenden wohl ein gewisses Recht auf Anstellung reklamieren, daß diejenigen Stellen, die gebraucht werden, mit entsprechenden Beamten besetzt werden. Zur Erweiterung der Stellen habe der Minister keine Förderung Rechnung getragen, aber im Hinblick auf das große Bedürfnis z. B. in der Rheinprovinz sei noch nicht genug geachtet. Der Justizetat sei seit langer Zeit ein Stiefkind der Finanzverwaltung — er mühe daher den Justizminister bitten, in dieser Hinsicht mehr Energie aufzuwenden. Die Anhangsgebühren der juristischen Beamten seien geringer als in allen anderen Ministerien. Wie die Beurlaubten sich halten, werde ebenfalls die Frage sein, die juristischen Beamten, fernbleiben — sollte denn — Justizkarriere nur eine Domäne der jungen Leute werden? (Beifall.)

Geb. Neg.-Rath Eichholz giebt zu, daß die Zahl der entsprechenden Stellen noch zu wünschen übrig lasse; in nächstem Etat werde hoffentlich mehr gegeben können. Die Lage der Assessoren habe sich verbessert, jedoch werden immer noch eigentlich nur, wie bei der Uebertragung zur juristischen Verwaltung, sich vermindern. Eine Vernehmung der entsprechenden Stellen werde sich sehr empfehlen, darüber hinaus sei eine Vergütung für die Assessoren nicht möglich. Die Regierung werde von der Verpflichtung befreit werden müssen, alle die das zweite juristische Examen abgelegt haben, nach auch in dem Staatsdienst über das Bedürfnis hinaus zu berücksichtigen. Nach dieser Entscheidung ist nicht mehr eine wesentliche Verminderung der Zahl der Assessoren eintreten sollte, gelegentlich vorgehen sein.

Auf eine Anfrage des Abg. Lucius-Ernt (Chr.) erwidert

Minister v. Schelling, daß er mit dem Vordrucke darin einverstanden sei, daß in den höheren Stellen ein schnelleres Wechsel ermöglicht wäre, damit an Stelle der älteren höheren Richter nicht zu viele Assessoren eintreten könnten. Die Frage der wünschenswerthen Erneuerung sei aber nach Lage der Verhältnisse nicht möglich und nicht zulässig und mit der richtigen Selbstlosigkeit nicht vereinbar.

Abg. Nicker bringt auf neue zur Sprache, daß der Oberlandesgerichtspräsident in Breslau in einem Schreiben an die Amtsrichter aufgeführt habe, bei der Zusammenlegung der Gerichtsbezirke möglichen die Stellen anzuschließen. Die Frage sei, ob die Amtsrichter hier behandelt werden, der Minister habe das Vorhaben des Beamten nicht billigt. Mehrere fragen an, was in dieser Angelegenheit geschehen sei.

Geb. Rath Lukas erwidert, daß ein solches Schreiben des Oberlandesgerichtspräsidenten allerdings vorliege. Es heiße darin, daß sämtliche Gerichtsbezirke nicht genügend Unschlüssigkeit gezeigt hätten, der Oberlandesgerichtspräsident habe deshalb die Amtsrichter anzuweisen, dafür zu sorgen, daß ungeachtet der Zusammenlegung der Amtsbezirke die Stellen nicht auszufüllen seien. In der Form sei hier wohl zu wünschen, daß der Minister habe sich in dieser Hinsicht auch dem Oberlandesgerichtspräsidenten gegenüber geäußert. Es werde eine nochmalige Anfrage ergehen, ob jenes Skript des Breslauer Justizbeamten insofern erfolgt sei.

Abg. Wundt (Chr.) fragt: Was kann nicht finden daß diese Amtsrichter in Breslau in einem Schreiben an die Amtsrichter aufgeführt habe, bei der Zusammenlegung der Gerichtsbezirke möglichen die Stellen anzuschließen. Die Frage sei, ob die Amtsrichter hier behandelt werden, der Minister habe das Vorhaben des Beamten nicht billigt. Mehrere fragen an, was in dieser Angelegenheit geschehen sei.

Geb. Rath Lukas erwidert, daß ein solches Schreiben des Oberlandesgerichtspräsidenten allerdings vorliege. Es heiße darin, daß sämtliche Gerichtsbezirke nicht genügend Unschlüssigkeit gezeigt hätten, der Oberlandesgerichtspräsident habe deshalb die Amtsrichter anzuweisen, dafür zu sorgen, daß ungeachtet der Zusammenlegung der Amtsbezirke die Stellen nicht auszufüllen seien. In der Form sei hier wohl zu wünschen, daß der Minister habe sich in dieser Hinsicht auch dem Oberlandesgerichtspräsidenten gegenüber geäußert. Es werde eine nochmalige Anfrage ergehen, ob jenes Skript des Breslauer Justizbeamten insofern erfolgt sei.

Geb. Rath Lukas erwidert, daß ein solches Schreiben des Oberlandesgerichtspräsidenten allerdings vorliege. Es heiße darin, daß sämtliche Gerichtsbezirke nicht genügend Unschlüssigkeit gezeigt hätten, der Oberlandesgerichtspräsident habe deshalb die Amtsrichter anzuweisen, dafür zu sorgen, daß ungeachtet der Zusammenlegung der Amtsbezirke die Stellen nicht auszufüllen seien. In der Form sei hier wohl zu wünschen, daß der Minister habe sich in dieser Hinsicht auch dem Oberlandesgerichtspräsidenten gegenüber geäußert. Es werde eine nochmalige Anfrage ergehen, ob jenes Skript des Breslauer Justizbeamten insofern erfolgt sei.

Abg. Dr. v. Jagdewitz (Chr.) befragt sich über eine Verlegung des Oberlandesgerichtspräsidenten von Hofen, wonach die polnische Regierung von Ostpreußen, Stettin u. u. in gerichtlichen Streitigkeiten verweisen sei.



In Folge seltenen Zufalls-Erwerbs offerire ich

Kleiderstoffe und Damen-Confection,

sämmtlich Neuheiten dieser Saison,
bedeutend **unter regulären Preisen.**

Julius Valentin,

am Markt 24,
Fernsprecher 378.

Bis Mitte September halten wir
unser Geschäft Sonntags von 2 Uhr an
geschlossen.
Leonhardt & Schlesinger,
Eisenwaarengeschäft.

Bestes eiserne Baumaterial:
Träger, Gartenschienen, Eisenbahn-
schienen, Säulen, Pfeiler, Treppen etc.
Eiserne Viehbarrieren
Liefere zu billigen Preisen.
Reichhaltiges Lager. 30jähr. Specialität.
Zahlreiche Referenzen.
Kataloge, Kostenanschläge u. nächtliche
Berechnungen unentgeltlich.
E. Leutert, Maschinenfabrik und Eisengießerei.
Halle a. d. S. — Siebischstein.

Das Hallesche Fahrräder-Depot
Halle a. S., 1213 Martinsgasse 12/13,
empfiehlt unter Garantie nur
beste deutsche u. engl. Fabrikate.
Rover von 75 Mk. an in 20
versch. Modellen.
**Neu! Kissenreifen und
Pneumatikreifen.**
Hohe Zweiräder.
Erfahrungreiche, Zubehörtliche.
Fabrikanten- und
Reparaturen.
Illustr. Preislisten post-
und kostenfrei.



Konkurs-Ausverkauf.
Die von mir gekauften Waaren der Königschen Konkursmasse
- Neuen-Bazar, Geißstraße 26/27 - bestehend in
Spiel-, Luxus- und Wirtschafts-Sachen,
Glas, Steingut etc.,
werden jetzt statt zu 10, 25 und 50 % für 7, 20 u. 35 % re. ausverkauft.
A. Schönbach, Geißstr. 26 (2 Thüre),
gegenüber Herren Gebr. Grunbera.

Engel & Vogel, Niemeyerstr. 7
Brikets, Nasspresssteine
Coke, Steinkohlen, etc.
Bohmische Salenkohlen etc.
Vorzügli-
che
Marken
Billigste Preise. - Prompte sorgsame Bedienung. - Garantie für richtiges Maass und Gewicht.

Pockholzkugeln, weissbuchene Kegel
empfehlen in größter Auswahl billigt
Heinr. Karras, Ernst Karras jun.,
Mausfeldstr. 7. Leipzigerstr. 4.

Presssteine
vorzüglich trocken, empfiehlt in bester Güte zu Sommer-
Grube Auguste bei Worf.
Goldene und silberne Medaillen
in Lüttich, Köln, Bremen, Saam 1890
erhielt vier vielfach vertheilte
echte best doppelte Steinhäger
von
H. C. König in Steinhagen i. Westf.,
Steinhäger Korn-Brennerei.
Probefrischen 2 Viertrüge franco der Nachnahme Mk. 4.50.
Von Montag früh ab haben feine fetts
sowie große und kleine
Zutterfische (halben) zum
Verkauf.
C. Birke, Siebischstein, Brunnenstraße 65.




Dannendecken, Steppdecken, Reisedecken, Wollene Schlafdecken und Pferdendecken
empfiehlt in reicher Auswahl

Für den Inzeratentheil verantwortlich: W. König in Halle



in Atlas (farbig) M. 3.
in Seide (damassé) Mark 2,50.
in Atlas (glatt und gestreift) Mk. 2,50.
in Atlas (neueste Farben) gestreift u. glatt ; 2,50.

Feste Preise. Geegründet 1854. En gros.

Sonnen-Schirm-

Fabrik.

Preisverzeichniß

empfehlenswerther und solider Qualitäten:

in **Zanella** Mark 1,25. in **Atlas** (glatt und gestreift) Mk. 2,50.
in **Zanella** mit weissem Ring „ 2,- | in **Atlas** (neueste Farben) gestreift u. glatt ; 2,50.

in **Atlas** (farbig) M. 3. | **Neuheiten** | **Gloria-Entontens**
in **Seide** (damassé) Mark 2,50. | in **schottisch** carrirt Mark 3,- | in glatt und gestreift,
in **Seide** schottisch „ 4,- | für Herren u. Damen V. 4 M. an.
Ein Posten vorjähriger **grosser farbiger Entontens** à Stück 75 Pfg. und 1 Mk.

Franz Bickelt, Kleinschmieden.

Ausverkauf wegen Umzug
5. Gr. Wärfertstraße 5.
Von heute ab stelle ich mein bedeutendes Lager von
Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren
in bekannter nur guter und solider Ausführung zu herabgesetzten Preisen zum Verkauf
und biete meiner werthen Kundschafft und einem achten Publikum bei Bedarf die größten
Vorteile.
G. Schaible.

S. Scherbel,
Halle aS.,
5 Leipzigerstrasse 5,
Größtes derartiges Geschäft am hiesigen Platze,
empfiehlt in bekannter Güte
Schuhwaaren.

Damen-Zeug-Promenaden von Mk. 2 an
Damen-Zeug-Gummizugstiefel von Mk. 3,50 an.
Derbe Damen-Lederstiefel von Mk. 4,50 an.
Elegante Damen-Lederstiefel von Mk. 6 an.
Elegante Damen-Lackstiefel von Mk. 5,50 an.
Damenstiefel, elegant, in Kalb- und Glaceleder, hoch und auf
Rand von Mk. 7,50 an.
Damen-Knopfstiefel, kräftiges Leder, von Mk. 6 an.
Damen-Zeug-Promenaden, ausgeschnitten, hoher Absatz mit
Rosette, von Mk. 3 an.
Damen-Leder-Promenaden von Mk. 3,50 an.
Damen-Leder-Promenaden, elegant mit Lackblatt, von Mk. 5 an.
Damen-Lederhusschuh, genagelt, von Mk. 3 an.
Damen-Pfilschuh, braun und schwarz, von Mk. 2 an.
Damen-Ballschuhe in allen Farben von Mk. 3 an.
Herren-Stiefel, genagelt, von Mk. 5,50 an.
Herren-Stiefel, elegant, von Mk. 6,50 an.
Herren-Stiefel, in besten Ledersorten, elegante Façon, Rand-
arbeit, breiter Absatz, von Mk. 7,50 an.
Herren-Schaftstiefel, dauerhafte Arbeit, von Mk. 5 an.
Herren-Promenadenschuhe, genagelt, von Mk. 4,50 an.
Herren-Promenadenschuhe, elegant, Randarbeit, breiter Absatz,
prima Leder, von Mk. 6 an.
Herren-Kellerschuhe, Lasting, von Mk. 3 an.
Herren-Husschuh in Cordoret, sehr haltbar, von Mk. 3,50 an.
Herren-Strandchuhe in allen Farben von Mk. 4,50 an.
Damen-Lederpantoffel von Mk. 1,80 an.
Damen-Pfilschuh, schwere Ledersohle, von Mk. 1 an.
Damen-Cordpantoffel, Patentsohle, von Mk. 0,50 an.
Mädchen-Schaftstiefel von Mk. 2,50 an.
Mädchen-Knopfstiefel von Mk. 2 an.
Mädchen-Zugstiefel von Mk. 3,50 an.
Kinder-Knopfstiefel von Mk. 1,50 an.
Kinder-Schaftstiefel von Mk. 1,25 an.
Jahresschuh in 270 Arten von 50 Pfg. an.
Knaben-Schaftstiefel von Mk. 4 an.
Knaben-Stulpstiefel von Mk. 4 an.
Kinder-Promenadenschuhe mit Gummi und zum Schnüren von
Mk. 2,50 an.

**Bundstin,
Stammgarn,
Cheviot**
zu Herren- und Knaben-Anzügen
empfiehlt zu jedem Preise
A. Wegerich,
2 Neuenhäuser 2.
P. B. V.

Die in ganz Deutschland so schnell
beliebt gewordenen
„Grete“-Tapete,
pro Rolle 30 Pfg.,
welche anderen Tapeten gegenüber den
doppelten Werth hat, ist stets vorrätig
und nur allein von meinem Versand-
haus in Bromberg zu beziehen.
Gleichzeitig mache die Fertigstellung
sämmtlich für die Saison bestimmter Neu-
heiten an, von welchen Musterbücher
complett, so auch in getrennten 6 Ab-
theilungen auf Wunsch überallhin franco
übersandt werden. Karte I enthält Ta-
peten von 10-28 Pfg., No. II von 28 bis
36 Pfg., No. III von 36-50 Pfg., No. IV
von 50-60 Pfg., No. V von 60-100 Pfg.,
No. VI Decken-, Flur- und Lacktapeten.

**Ostdeutsches
Tapeten-Versandgeschäft.**
Gustav Schleising, Bromberg.
Dem verehrten Publikum sowie meinen
werthen Freunden hiermit zur gefl.
Nachricht, daß ich am 1. Mai er. mein
am See gelegenes **Restaurant**
zum Strandflößchen
wieder eröffne. Prompte und courante
Bedienung wie gewohnt.
Ostbröblingen a. See.
Vordachungsvollst
A. Ebert.

Familien-Nachricht.
Nach Gottes unerforschlichem Rath-
schluß entschlief gestern Abend 8 1/2 Uhr
unser innigstgeliebter Vater u. Großvater,
**Herr Wauwmeister
Andreas Apel**
zu Querfurt.
Mit der Bitte um stille Theilnahme
zeigen dies hierbetriibt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Querfurt und Zitterboon,
den 30. April 1891.